

II.

Was nützt Völkerrecht den Schweizerinnen und Schweizern im täglichen Leben ?

1. Karl braucht sich um seine AHV keine Sorgen zu machen

Karl, wohnhaft in Basel (BS), ist ein Buchhalter, der auf Abrechnungen spezialisiert ist, die sowohl Schweizer wie deutschem Recht unterstehen. Er arbeitet zu 50% bei einer Firma in Basel und zu 50% bei einer anderen in Grenzach (Deutschland). Dank einer Verordnung der EU, auf die das Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU und ihren Mitgliedstaaten verweist, ist klar, dass auch Karls deutscher Arbeitgeber Beiträge an die Schweizerische AHV bezahlen muss und Karl dieselbe Rente erhält, als wenn er nur in der Schweiz arbeiten würde. Seine Arbeit, das Erstellen einer vorschriftsgemässen Buchhaltung wäre übrigens nicht möglich, wenn es nicht völkerrechtliche Regeln über das anwendbare Recht und internationale Standards zum Erstellen einer Buchhaltung gäbe.

2. Yvonne kann ihren Bachelor unter der Sonne Barcelonas fortsetzen

Yvonne ist Schweizer Staatsangehörige und stammt aus St. Gallen. Sie hat immer dort

gelebt und hat auch in derselben Stadt ihr Studium in Wirtschaftswissenschaften begonnen. Heute jedoch möchte sie Neues sehen und erleben. So beschliesst sie nach Abschluss ihres Bachelors, ihren Master in Spanien weiterzuverfolgen. Es ist der Lissabonner Anerkennungskonvention, die im Rahmen des Europarates verabschiedet wurde, zu verdanken, dass ihre Studienleistungen und Abschlüsse ohne jegliche Diskrimination verglichen mit spanischen Studenten begutachtet werden. Überdies wird ihr ihr Aufenthalt in Spanien nicht nur für ihren akademischen und beruflichen Werdegang von Nutzen sein, sie wird auch eine persönlich bereichernde Erfahrung erleben in einem anderen Staat als ihrem Herkunftsstaat.

Ohne dieses Abkommen, hätte sie sich sicherlich weiterhin die Nähe ihrer Angehörigen sowie die St. Galler Bratwurst, die so sehr liebt, geniessen können. Sie hätte jedoch auch auf diese ganz spezielle akademische, wie auch persönliche, Erfahrung verzichten müssen.

3. Tino macht Urlaub in Brasilien

Tino fliegt jedes Jahr im Winter, wenn es ihm im zu grau und ungemütlich in Zürich wird, in tropische Gefilde. Die Fasnacht will er dieses Jahr nicht in Basel feiern, sondern in Rio de Janeiro. Am Zentrum für Reisemedizin der Universität Zürich, einer der 10 offiziellen Gelbfieberimpfstellen in der Schweiz, das mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zusammenarbeitet, lässt er sich nach ausführlichen länderspezifischen Beratungen durch eine Reisemedizinerin gegen tropische Krankheiten impfen. Nach dem Karneval plant er, mit dem Bus weiter nach Bolivien reisen. Dazu muss er Landesteile durchqueren, in denen laut WHO Gelbfieber endemisch ist. Bolivien verlangt deshalb als Einreisebedingung aus Brasilien den Nachweis über Gelbfieberimpfschutz. Der Impfstoff, den es im Zentrum für Reisemedizin vorrätig gibt, ist von der WHO zertifiziert und schützt Tino 10 Tage nach der Impfung ein Leben lang. Dies bescheinigt ihm das weltweit vereinheitlichte Impfzertifikat, so dass er sicher sein kann, dass seine Reise weder an der Grenze zu Bolivien noch gelbfieberbedingt im Krankenhaus endet.

4. Anne-Maries Erbschaft

Anne-Marie, wohnhaft in Carouge (GE), hat das Erbe einer, in Florida verstorbenen, Grosstante angetreten. Ein im Jahre 1951

Das Abkommen bezweckt die Vermeidung von Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Nachlass- und Erbanfallsteuer

zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossenes Abkommen bezweckt die Vermeidung von Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Nachlass- und Erbanfallsteuer. Damit wird weder Anne-Marie, noch ihr Erbe, doppelt besteuert. Historisch gesehen, besteuerten die Staaten die Gebietsansässigen und zogen kaum in Betracht, dass dieselben evtl. schon auf dem Staatsgebiet des Erblassers besteuert wurden. Obwohl es Sinn macht, zu untersuchen, ob Steuern für denselben Tatbestand oder dieselben Transaktionen schon von einem anderen Staat bezogen wurden, wollen die Staaten souverän entscheiden, wie sie Hinterlassenschaften besteuern möchten. Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung erlauben, solche Situationen besser

zu handhaben und vermeiden damit Doppelbesteuerungen wie auch Überraschungen und Ungerechtigkeiten.

5. Louis weiss, wie viele Salate er für das Wochenende kaufen will

Louis betreibt ein Restaurant in Tanay (VS), ein sehr beliebtes Ausflugsziel an sonnigen Wochenenden. Ab Mittwoch studiert er mit grosser Sorgfalt die Wettervorhersagen und freut sich sehr über deren immerzu steigende Verlässlichkeit, da ein grosser Teil seiner Einkäufe frische Produkte umfasst und er deren Menge je nach Wettervorhersagen einkauft.

Dank des Abkommens der World Meteorological Organization, wird Meteosuisse weltweit mit zuverlässigen Daten versorgt

Dank des Abkommens der World Meteorological Organization, wird Meteosuisse weltweit mit zuverlässigen Daten versorgt und Louis erhält ganz genaue Wetterprognosen für die Walliser Alpen.

6. Bernard kann on-line nachprüfen, nach wem gefahndet wird

Bernard ist Polizist in Orbe (VD). Dank des Schengener Assoziierungsabkommens der Schweiz und des vielfältigen Briefaustausches, der jenes Abkommen begleitet, kann Bernard in Orbe jederzeit überprüfen, ob nach einem Individuum in Portugal gefahndet wird.

7. Auf der Walz in Europa

Beat aus Rheinfelden (AG) ist Zimmermann und war während seiner Walz über ein Jahr in Deutschland tätig. Im Rahmen seiner Anstellungen hat Beat in Deutschland Sozialversicherungsbeiträge geleistet. Da die Schweiz durch das Freizügigkeitsabkommen an das EU-Koordinationsystem von Sozialversicherungen (insb. die Verordnungen Nr. 883/2004 und Nr. 987/2009) angeschlossen ist, kann Beat im Alter auch eine Teilrente aus Deutschland beziehen. Diese wird ihm in jedes beliebige Wohnland ausgezahlt – also auch nach Spanien, wo er sich in Andalusien eine Finca als Altersdomizil angeschafft hat.

8. Ricos landwirtschaftlicher Pachtvertrag

Rico, ein Schweizer Landwirt, schliesst mit Rudolf, einem Eigentümer Landwirtschaftslandes in Deutschland, einen landwirtschaftlichen Pachtvertrag ab. Der Pachtvertrag bezieht sich auf landwirtschaftliche Länder, die sich in Baden-Württemberg befinden, einer Grenzregion der Schweiz. Rico möchte die Erzeugnisse dieser Länder in die Schweiz exportieren. Das

Dank des Abkommens wird sich Rico gegen diesen Entscheid wehren können

Landratsamt Waldshut hat jedoch eine Entscheidung zur Beendigung des Pachtvertrages erlassen. Es bestehe nämlich eine Wettbewerbsverzerrung, da Rico für die Agrarprodukte in der Schweiz einen viel höheren Entgelt erhält, als wenn er dieselben Produkte in Deutschland verkaufen würde. Dank des bilateralen Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der europäischen Union wird sich Rico gegen diesen Entscheid wehren können und so doch noch von seinem landwirtschaftlichen Pachtvertrag profitieren können.

9. Ein Schweizer Umweltschützer in Indien in Haft

Pierre aus Bursins (VD) ist überzeugter Aktivist einer NGO, die sich für mehr Umweltschutz einsetzt. Als er sich, zwecks einer Konferenz mit den lokalen NGOs in Mumbai, der Hauptstadt des indischen Staates Maharashtra, befindet, wird er von den örtlichen Behörden angeklagt, subversive, das Regime beleidigende Reden gehalten zu haben, da er die Planung einer neuen Kraftwerks öffentlich kritisiert hatte. Daher wird er von örtlichen Behörden verhaftet. Dank dem Wiener Übereinkommen über die konsularische Beziehungen, abgeschlossen im Jahre 1963, welches auch zwischen der Schweiz und Indien zur Anwendung kommt, hat Pierre einen Rechtsanspruch zu seinem persönlichen Schutz über den Zugang zu den Schweizer konsularischen Behörden in Indien informiert zu werden.

10. Sarahs Asylgesuch wird in Italien untersucht

Sarah ist Eritreerin. Sie stellt ein Asylgesuch an die Schweiz, da sie in ihrem Herkunftsland zwangsrekrutiert würde und sexuellem Missbrauch ausgesetzt wäre. Auf ihrer Reise von Eritrea in die Schweiz, hat Sarah den Sudan, Libyen und auch Italien unter unvorstellbaren Bedingungen durchquert. Anhand des Systems Eurodac konnten die Schweizer Migrationsbehörden rasch feststellen, dass Sarah in Italien aufgegriffen wurde und ihre Fingerabdrücke in der Nähe von Mailand gespeichert wurden. In Anwendung der Dubliner Verordnung III hat Italien bestätigt, Sarah wieder aufzunehmen und ihr Asylgesuch zu prüfen. Sarah wird also in den nächsten Tagen den italienischen Behörden übergeben werden.

11. Markos Rückübernahme nach Serbien

Marko hält sich unrechtmässig in der Schweiz auf. Sein Asylgesuch wurde abgelehnt und der entsprechende Entscheid der Schweizer Behörden wurde durch das Bundesverwaltungsgericht bestätigt. In Anwendung des Abkommens zwischen der Schweiz und Serbien über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt, abgeschlossen am 30 Juni 2009, wird Marko nach Serbien zurückkehren müssen. Es ist ausserdem im Völkergewohnheitsrecht anerkannt, dass jeder Staat seine Staatsangehörigen wieder aufnehmen muss.

Es ist im Völkergewohnheitsrecht anerkannt, dass jeder Staat seine Staatsangehörigen wieder aufnehmen muss

12. Die Klage der UBS gegen Frankreich wird vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geprüft

Nach Gerichtsverhandlungen in Frankreich wurde die UBS zu einer beträchtlichen Geldstrafe für unrechtmässige Kundenwerbung und besonders schwere Geldwäscherei im Zusammenhang mit Steuerbetrug verurteilt. Nachdem das Beschwerdeverfahren der UBS in Frankreich in zweiter Instanz und vom Kassationsgericht abgelehnt wurde, erhob die UBS vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen Frankreich Klage. Gemäss Artikel 6 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten

(EMRK) hat jede (natürliche oder juristische) Person ein Recht darauf, dass ihre Rechtsbehörden von einem unabhängigen und unparteiischen, auf Gesetz beruhendem Gericht in einem fairen Verfahren behandelt werden.

13. Ein regelmässiger Informationsaustausch

Nach den Hitzewellen im Juli möchte Alexandra ihre Weihnachtsferien im Herzen der Berge von Montana verbringen und freut sich schon ungemein auf die dort herrschenden eisigen Temperaturen. Um dem Verwaltungsaufwand zu entgehen, wendet sie sich an ein Genfer Reisebüro. In Anwendung eines bilateralen Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten « U.S. Swiss Safe Harbor Framework » wird die Übergabe von persönlichen Daten von in der Schweiz ansässigen Gesellschaften an amerikanische Unternehmen vereinfacht. Die Reiseagentur kann also Alexandras persönliche Daten einem Hotel in den Vereinigten Staaten, wie auch anderen Beförderungsunternehmen (Bahn, Schiff, Bus, etc.) zukommen lassen. Gleichzeitig muss sich Alexandra keine Sorgen über den Missbrauch ihrer Daten machen, da das bilaterale Abkommen ein Mindestmass an Datenschutz vorsieht, wenn auch der tatsächlich gewährte Schutz von Staat zu Staat verschieden sein kann.

14. Eine verkappte Entführung

Laurent und Anaïs sind beide Schweizer Staatsangehörige und waren bis 2013, mit ihren beiden Kindern, im Alter von drei und sechs Jahren, in Lausanne wohnhaft. Nach der Scheidung, die den Eltern zwar das gemeinsame Sorgerecht zusprach, aber die Mutter zur Obhut berechnete, zog Anaïs nach Buenos Aires, in Argentinien, wo ihr eine neue Stelle angeboten wurde. Seit nun fast zwei Jahren, hat Laurent, der aus beruflichen Gründen in der Schweiz wohnhaft blieb, keine Neuigkeiten von seinen Kindern mehr. Das Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindsentführung von 1980, erlaubt Laurent jedoch, dass er sein Besuchsrecht vor den argentinischen Behörden einklagen kann und

Das Übereinkommen erlaubt Laurent jedoch, dass er sein Besuchsrecht vor den argentinischen Behörden einklagen kann

Laurent jedoch, dass er sein Besuchsrecht vor den argentinischen Behörden einklagen kann und

verlangen kann, dass er mit seinen Kindern in Kontakt bleibt.

15. Die Exporte von Swatch

Die Vorhersehbarkeit ist eines der Schlüsselemente jeder Gesellschaft. Dank des Abkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation, ist es den Mitgliedsstaaten normalerweise untersagt, die Importe eines Produktes völlig zu verbieten oder auch Kontingente festzusetzen. Wenn die Schweiz nicht Mitgliedstaat der Welthandelsorganisation wäre, müssten die anderen Staaten diese Verpflichtungen der Schweiz gegenüber nicht erfüllen und die Importe von Uhren, etwa der beliebten Swatch, könnten plötzlich und ohne ersichtlichen Grund, verboten werden. So aber kann Swatch ihre Uhren in 160 Staaten exportieren, ohne befürchten zu müssen, dass die Produkte am Zoll zurückgewiesen werden. So kann Swatch ihrer Zukunft sicher sein und auf die Stabilität ihrer Exporte zählen.

16. Andrée engagiert sich zu Gunsten der Rechte von Frauen in Moskau

Andrée aus Sierre (VS) ist in Moskau in einer Organisation tätig, die sich für die Rechte von Frauen einsetzt, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind. Während Andrée ein wichtiges Dokument über eine einflussreiche, russische Persönlichkeit vorbereitet, wird sie verhaftet und ohne Gerichtsverfahren festgehalten. Alle Schritte, die sie vor den russischen Behörden, die ihr jegliche Rechtsmittel verweigern, unternommen hat, scheitern. Als Schweizer Staatsangehörige steht Andrée, dank den Bestimmungen zum diplomatischen Schutz, unter Schutz des Bundes. Die Schweiz, wie auch Russland, sind Mitgliedsstaaten des UNO Paktes II, der willkürliche Verhaftungen verbietet. Andrées Situation erfüllt die drei Kriterien für die Ausübung des diplomatischen Schutzes: Sie ist Schweizer Staatsangehörige, eine Bestimmung des Völkerrechtes wurde verletzt und die innerstaatlichen Rechtsmittel sind ausgeschöpft worden.

Auf dieser Basis, werden die Schweizer Behörden entscheiden können, ob sie Andrée diplomatischen Schutz gewähren und ihr damit in dieser schwierigen Lage beistehen.

17. Luc hat einen Autounfall in Mazedonien

Luc aus Gryon (VD) war beruflich in Mazedonien unterwegs als er Opfer eines Autounfalls wurde. Luc ist in der Schweiz gegen Berufsunfälle versichert. Auf

Auf Grundlage des Abkommens kann Luc auch in Mazedonien die medizinische Versorgung nutzen

Grundlage des Abkommens zwischen der Schweiz und Mazedonien über soziale Sicherheit kann Luc auch in Mazedonien die medizinische Versorgung nutzen.

18. Die Rückführung von Mireilles Leichnam

Anne aus Nyon (VD) hat ihre Grossmutter Mireille verloren, als sie beide zusammen in Bad Kleinkirchheim (Österreich) weilten, um die Atemwegserkrankungen ihrer Grossmutter zu behandeln. Das Übereinkommen über die Leichenbeförderung, abgeschlossen in Strassburg am 26 Oktober 1973, ratifiziert sowohl von der Schweiz wie auch von Österreich, regelt die Modalitäten der Rückführung von Mireilles Leiche von Bad Kleinkirchheim nach Nyon, beispielsweise bezüglich gewisser Vorgaben für den Leichenpass, der von den zuständigen österreichischen Behörden gestellt werden muss. Dieser Leichenpass ist das einzige nötige Dokument für die Beförderung einer Leiche vom Abgangsstaat zum Bestimmungsstaat (mit Ausnahme von spezifischen Bestimmungen im Falle eines Todesfalles durch gewisse übertragbare Krankheiten). Dank des Völkerrechtes, wird Mireille, wie sie es sich gewünscht hatte, rasch neben ihrem verstorbenen Mann in Nyon beerdigt werden können und Anne kommen die vereinfachten Behördengänge zu Gute.

19. Die Studien von Martina

Martina aus Näfels (GL) braucht finanzielle Unterstützung für ihr Studium. Ihre Eltern sind geschieden, ihr Vater ist nach Spanien gezogen. Seit sie 18 Jahre alt ist, zahlt ihr Vater die im Scheidungsurteil festgelegten Alimente nicht mehr («sie ist alt genug, ihr Geld selbst zu verdienen!»). Dank völkerrechtlichen Verträgen kann sie ihren Unterhaltsanspruch auch vor schweizerischen Gerichten geltend machen und in Spanien zwangsvollstrecken lassen.

20. Der Greyerzer wird von Jean produziert

Jean produziert Greyerzer Käse in Greyerz (FR). Die Hälfte seiner Produktion ist für den Export bestimmt. Da der Greyerzer einen unvergleichlichen Geschmack besitzt, ist es ausschlaggebend, dass andere Käseproduzenten ihren Käse nicht auch Greyerzer nennen. Die Unsicherheit über die Herkunft und etwaige Qualitätsunterschiede könnten potenzielle Kunden abschrecken. Dank des Madrider Abkommens über die Unterdrückung falscher oder irreführender Herkunftsangaben, revidiert in Lissabon am 31. Oktober 1958, kann der algerische Kunde sich sicher sein, dass der gekaufte Greyerzer auch wirklich aus der Schweiz stammt. Was Jean betrifft, so kann er beruhigt seinen Käse nach Algerien exportieren, auch wenn dort sein Greyerzer doppelt so teuer verkauft werden wird als der lokale Käse.

Dank des Madrider Abkommens, kann der algerische Kunde sich sicher sein, dass der gekaufte Greyerzer auch wirklich aus der Schweiz stammt

21. Giorgio wird gegen unlauteren Wettbewerb in der Türkei geschützt, wird aber auch in der Schweiz bestraft, wenn er türkische Beamte besticht

Giorgio hat in Mendrisio (TI) eine Firma mit 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die automatisierte Zugangskontrollsysteme zu sensiblen Gebäuden herstellt. Seine Firma nimmt an einem Submissionsverfahren teil, das vom türkischen Erziehungsministerium entsprechend den Vorgaben der WTO-Abkommen weltweit ausgeschrieben ist. Das Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr, das im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) abgeschlossen wurde, sowie das UNO-Übereinkommen gegen Korruption von 2003, die beide von der Schweiz und der Türkei ratifiziert worden sind, geben Giorgio die Hoffnung, dass er den Auftrag dank der Überlegenheit seines Systems erhalten kann und dass Konkurrenten nicht die entscheidenden Beamten bestechen. Im Gegenzug verpflichtet das Strafrechtsübereinkommen über Korruption des Europarats, dessen Vertragspartei die Schweiz ist, die Korruption ausländischer Beamter strafbar zu

machen, was die Schweiz im Jahre 2005 mit Art. 322 septies des Strafgesetzbuchs erfüllt hat. Wenn Giorgio türkische Beamte bestehen würde, könnte er daher in der Schweiz bestraft werden.

22. Peter bekommt seine Tochter zurück

Julia und Peter (wohnhaft in Sarnen OW) sind geschieden. Ihnen steht das gemeinsame Sorgerecht über die gemeinsame 13-jährige Tochter Julieta zu. Als Julia mit Zustimmung von Peter mit Julieta die Grosseltern im Ecuador über die Sommerferien besucht, kehren sie nicht mehr zurück. Peter erfährt, dass Julieta in eine dortige Schule eingeschrieben worden ist. Dank völkerrechtlichen Verträgen kann Peter erreichen, dass Julieta in die Schweiz zurückgeführt wird und nur die Schweizer Gerichte über allfällige Sorgerechtsänderungen entscheiden dürfen.

23. Jan kann auf die Malediven in die Ferien fliegen

Jan aus Will (SG) verbringt seine Ferien regelmässig am Strand auf den Malediven. Dank Völkerrecht kann sein Flugzeug sieben Staaten und die hohe See überfliegen und sind die Regeln über die Flugsicherung überall dieselben. Dank Völkerrecht kann er auch darauf vertrauen, dass die Sicherheitsstandards dieselben sind, ob er mit Swiss, Air India oder einer anderen Fluggesellschaft fliegt und dass er im Falle eines Unfalls entschädigt wird.

**Dank Völkerrecht
kann sein Flugzeug
sieben Staaten
und die hohe See
überfliegen**

24. Daniela kann billig und ökologisch Weizen für ihr Müsli einkaufen

Daniela aus Maienfeld (GR) liebt ihr Morgenmüsli. Der Weizen dafür kommt aus Kanada und wird in Seeschiffen nach Rotterdam gebracht. Von dort wird er mit Schweizer Rheinschiffen nach Basel transportiert, weil dies am billigsten und ökologischsten ist. Dank der Revidierten Rheinschiffahrts-Akte vom 17. Oktober 1868 zwischen Baden, Bay-

**Dank der Revidierten
Rheinschiffahrts-Akte,
hat die Schweiz wenn
auch nicht geographisch
so doch juristisch und
wirtschaftlich Zugang
zum Meer**

ern, Frankreich, Hessen, den Niederlanden und Preussen und ihren Zusatzprotokollen können Schweizer Rheinschiffe bis nach Basel fahren und hat die Schweiz wenn auch nicht geographisch so doch juristisch und wirtschaftlich Zugang zum Meer.

25. Pauls Elternschaftsurlaub

Paul ist Schweizer und wohnt mit seiner Familie in Kloten (ZH). Er arbeitet als Flugkapitän für eine Luftfahrtgesellschaft in Luxemburg. Als er gemäss der luxemburgischen Gesetzgebung seinen Elternurlaub beantragt, wird im dieser verweigert mit der Begründung, dass er weder in Luxemburg wohnhaft sei, noch als Schweizer, Anspruch auf Anwendung der Verordnung (CEE) n° 1408/71 im Bereich der sozialen Sicherheit hätte. Dank des Personenfreizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der europäischen Union aus dem Jahre 1999, hat Paul Anrecht auf Gewährung des Elternurlaubes.

26. Dario Cologna hatte in Sotchi die gleichen Chancen

Dario Cologna konnte bei den Olympischen Winterspielen in Sotchi darauf vertrauen, dass seine russischen und norwegischen Konkurrenten nicht gedopt waren. Auch Russland ist Vertragspartei des Internationalen Übereinkommens gegen Doping im Sport. Wenn ihm zu Unrecht vorgeworfen worden wäre, er sei gedopt gewesen, hätte er sich vor dem Internationalen Sportschiedsgericht in Lausanne wehren können. Wie auch auf anderen Rechtsgebieten, bedeutet dies nicht, dass es nicht zu Missbräuchen kommen kann, aber die Regeln sind zumindest klar und wem ihr Bruch nachgewiesen werden kann muss mit Sanktionen rechnen, die voraussehbar und fair sind.

27. Fridolin arbeitet in der Textilindustrie

Fridolin aus Schwanden (GL) arbeitet wie schon sein Grossvater in der Textilindustrie. Die Produktion von hochwertigen Textilien in der Schweiz hat eine lange Tradition. Wichtige Teilschritte der Produktion müssen aber im Ausland stattfinden (Baumwollproduktion, Verspinnung etc.). Nur dank Freihan-

Nur dank Freihandelsabkommen können diese Textilprodukte auch auf unseren Hauptabsatzmärkten zu vorteilhaften Bedingungen verkauft werden

delsabkommen mit entsprechenden Ursprungsregeln können diese Textilprodukte bei entsprechender Weiterverarbeitung in der Schweiz auch auf unseren Hauptabsatzmärkten zu vorteilhaften Bedingungen verkauft werden.

28. Amélie's Wohnungseinbruch wird geahndet werden

Als Amélie nach einem Wochenende bei ihrer Grossmutter in ihre Wohnung in Onex (GE) zurückkommt, stellt sie mit Schrecken fest, dass diese ausgeraubt und weitgehend geleert wurde. Sie kontaktiert die Polizei. Ohne hunderte von bi- und multilateralen Verträgen über Auslieferung und gegenseitigen Rechtshilfe würden Amélie's Missetäter nie und nimmer, auch nach dem Verlassen der Schweiz, verfolgt werden können.

29. Anna kann in Genf arbeiten und leistet so ihren Beitrag zum Ansehen, zum Status und zum Reichtum dieser Stadt

Anna ist mexikanische Staatsangehörige und verfügt über einen Arbeitsvertrag mit der World Intellectual Property Organization (WIPO) in Genf. Um eine berufliche Tätigkeit ausüben zu können, muss sie über eine Aufenthaltsgenehmigung in der Schweiz verfügen. Da Anna jedoch für eine Internationale Organisation tätig ist, ist nicht das gewöhnliche Schweizer Recht anwendbar, sondern das Völkerrecht, insbesondere die Sitzvereinbarung, die zwischen der Schweiz und der WIPO abgeschlossen wurde. Dieses Abkommen wurde am 9. Dezember 1970 vom Schweizer Bundesrat und der WIPO abgeschlossen und hält fest, dass die Organisation über die internationale Rechtspersönlichkeit und Rechtsfähigkeit verfügt. Ausserdem sieht das Abkommen vor, dass das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten jedem Beamten, sowie den Familienmitgliedern, die von ihm unterhalten werden, eine «Legitimationskarte» zukommen lässt, die den Inhaber der Karte bei den Bundes-, Kantons- oder Gemeindebehörden ausweist.

Jegliche Massnahme, die eine Einschränkung der Einreise von Ausländern in die Schweiz oder die Kontrolle der Aufenthaltsbedingungen vorsehen würde, findet für die Beamten internationaler Organisationen keine Anwendung. Keine internationale Organisation würde sich ohne diese Regelungen in der Schweiz niederlassen wollen. Es ist aber eben gerade diesen Organisationen zu verdanken, dass das «Internationale Genf» überhaupt existieren, zur friedlichen Streitbeilegung und effizienten Lösungen internationalen Problemen beitragen (in diesem spezifischen Falle den Schutz geistigen Eigentums), und von den Ausgaben der Organisationen und deren Beamten profitieren kann. Das Budget dieser Organisationen wird zum grössten Teil von anderen Staaten als der Schweiz finanziert (oder wie im Falle der WIPO, von weltweiten Verbrauchern). Das «Internationale Genf» hat für den Kanton Genf, aber auch für die Schweiz insgesamt, beträchtliche wirtschaftliche Bedeutung. Falls die indirekte Wertschöpfung berücksichtigt wird, die durch die Ausgaben internationaler Organisationen und deren Mitarbeiter geschaffen wird, so steigt der Beitrag auf 11,3 % des Genfer BIP oder 1% des Schweizer BIP.

Die Steuereinnahmen, die im Zusammenhang mit dem «Internationalen Genf» stehen, betragen 634,2 Millionen Franken; 68,5 Millionen für die Stadt Genf, 414,6 Millionen für den Kanton Genf und schliesslich 151,1 Millionen für den Bund. 47 371 Personen sind Angestellte und Familienangehörige verschiedener, in Genf ansässiger Organisationen und Missionen und machen ungefähr 5% der gesamten Bevölkerung des Grossraums Genf aus.